

Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 103.

halle, Sonnabend, den 9. April 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Weitere Zuspitzung des englischen Streiks.

Sozialpolitischer Rückblick.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Pläne in Mitteldeutschland und anderen deutschen Landesteilen hat aufs neue bewiesen, in welche Sackgasse die Arbeiterkraft durch den Einverständnisfalschismus geführt wird, soweit hier von einer Führung überhaupt noch die Rede sein kann. Die Arbeiter haben gesehen, daß am Ende dieser Entwicklung überhaupt keine Weltanschauung, sondern die Herrschaft eines organisierten Verbotszirkels steht, das nur auf Raub und sinnliche Befriedigung der für die Arbeiterkraft unentbehrlichen Produktionsmittel sein Augenmerk richtet, und das überhaupt weder fähig noch willens ist, praktische Aufarbeit zu leisten. Wenn der deutsche Kommunismus von Liebknecht und Rosa Luxemburg auf den Hauptmann Max Thal als geistlichen Führer geraten ist, so beweist das nur Genüge, daß die Bewegung heute jeder Idealisierung verloren gegangen und nur das materielle Streben nach Raub, Bereicherung und hemmungslosem Ausstoß aller verbrecherischen Instinkte übriggeblieben ist. Mit einer solchen Partei aber kann es für Staat und Gesellschaft überhaupt keine Verständigung geben. Hier bleibt einfach nichts anderes übrig, als die Anwendung aller Mittel der Staatsgewalt zur Unterdrückung von Gewalttätigkeiten, Raub und sonstigen organisierten Verbrechen, die sich ganz zu Unrecht in ein politisches oder soziales Mäntelchen hüllen. Es ist diesmal im allgemeinen gelungen, der Unruhe mit Hilfe der Schlichtungsstelle und der Reichswehr Herr zu werden. Die freie Betätigung, die man Leuten, wie Thal, infolge unzureichender Machtmittel des Staates lassen mußte, beweist doch auch, daß die Entent: mit der uns aufzunehmenden Entscheidung das vernünftige Ziel bereits überschritten hat. Angesichts der heutigen sozialen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands und der schweren Erschütterungen, in die gerade die Politik der Entente die deutsche Republik immer wieder hineinrückt, ist eine Reichsregierung, die man zwangsweise der Unterdrückung von Gewalt und Verbrechertum ausreichenden Machtmittel beibringt, nicht mehr in der Lage, die auch im Interesse unserer Gegner liegende Aufgabe der Erhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande zu garantieren.

Man darf um so eher auf die Erkenntnis der Arbeiter, daß sie die Ententungsforderung in gegenüber Deutschland nicht überbieten dürfen, hoffen, als auch England in diesen Tagen sich einer sozialen Bewegung genähert sieht, die die Grundlagen der Staats- und Wirtschaftsorganisation zu erschüttern droht. Der Bergarbeiter-Großstreik, der sich vielleicht auch auf die Eisenbahner und Postarbeiter ausdehnen wird, ist, wie es scheint, nur äußerlich in wirtschaftlicher Lohnkampf. Seine letzten Ursachen liegen zweifellos ebenfalls in der Mesfauer Propaganda für eine soziale Weltrevolution. Die englische Regierung wehrt sich wohl, daß sie ohne eine zureichende Machtfaktung des Staates gegenüber einer solchen Forderung verloren ist. Sollte die praktische Erfahrung nicht dazu führen können, daß sich die Ententungsregeln auch der deutschen Republik gegenüber des gemeinsamen Interesses an der Bekämpfung des die Kultur und Wirtschaft der Welt mit dem Untergange bedrohenden, selbst aber zu einem gefunden Neuaufbau erwiesenermaßen unfähigen Mesfauer Weltes bewußt wird? Willst du wird in nicht zu langer Zeit die bittere Not die Kulturmenschen zwingen, ihre Lebensinteressen in gegenwärtiger Verfassung gegen die Mächte des verbrecherischen Untertums zu verteidigen.

Weitere Zuspitzung des englischen Generalstreiks.

Wie es scheint, ist den optimistischeren Meldungen aus England nicht mehr zu trauen, denn die militärischen Vorkehrungen deuten zu offensichtlich auf eine schwere Bedrohung der englischen Staatsautorität hin. Sogar aus Malta wurden gestern zwei englische Regimenter nach der Heimat beordert.

Nach den neuesten Meldungen ist von den Eisenbahnern und Transportarbeitern der Eintritt in den Streik beschlossen worden. Das war wohl kaum geschien, wenn auf eine Verständigung zwischen den Bergarbeitern und den Unternehmern gerechnet werden könnte.

Thomas, der Führer der Landesvertretung der Eisenbahner, teilte mit, daß die Eisenbahnerkonferenz sich einmütig dahin ausgesprochen, daß die Bergleute im Rechte seien, wenn sie die ihnen gestellten Bedingungen ablehnen, weil sie sie als solche empfinden, die nur den Anfang eines allgemeinen Anschlages auf die Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse darstellen und weil sie erstreben,

die Lebenshaltung, wie sie vor dem Kriege war, wieder herbeizuführen.

Die Transportarbeiter beschloßen einen Pressfeldzug dafür zu unternehmen, daß, wenn der Arbeiterverband den Bergleuten zu einem gemeinsamen Streik gibt, Vorbereitungen für jede Streikmöglichkeit getroffen werden. Starke Arbeit, daß es in verschiedenen Bergwerksbezirken zu Zusammenstößen zwischen streikenden Bergarbeitern und Arbeitswilligen kam. In Schottland warfen Arbeiter Handgranaten, um Arbeitswillige, die die Pumpen bedienten, zu terrorisieren. In Waller und schottischen Kohlenzwecken wird ein heftiger Einrückungsfeldzug zur Einstimmung aller Pumparbeiten geführt. In Walslow marschieren dem gleichen Ziele zufolge 5000 Bergarbeiter unter Aufsichtführung zu. In Walslow marschieren dem gleichen Ziele zufolge 5000 Bergarbeiter unter Aufsichtführung zu. In Walslow marschieren dem gleichen Ziele zufolge 5000 Bergarbeiter unter Aufsichtführung zu.

Bergarbeiterbewegung im Saargebiet.

Auf Grund neuer Eingaben der Bergarbeiterorganisationen vom 30. März an die Bergwerksverwaltung Saarbrücken, haben am 6. und 7. April im Schungssaale der Bergwerksdirektion neue Verhandlungen stattgefunden. Die Organisationsvertreter haben in eingehender Begründung ihrer Eingaben ganz besonders darauf hingewiesen, daß der Lohnabnahme und die vielen Forderungen von den Bergarbeitern als sehr drückend empfunden würden und nicht getragen werden könnten. Die Verwaltung erklärte, für die augenblickliche Notlage Verständnis zu haben. Sie sei aber nicht in der Lage, die Verhältnisse zu ändern. Es sei schon alles, was den Bergleuten zu haben sei. Sie zur Zeit auch mit großen Schwierigkeiten zu rechnen. Mit Bezug auf diejenigen Bergleute, die durch Unfall oder Krankheit verhindert waren, ihren Urlaub am 1. April anzutreten, wolle sie in entgegenkommender Weise eine Verlängerung des Urlaubs bis 1. Juli eintreten lassen. Um den verletzten Bergleuten einig genutzommen, ließ die Direktion für den Monat April bereit, falls mehr als zwei Ferialitäten eingelegt würden, den verletzten Bergleuten für die weiteren Ferialitäten Frauen- und Kindergebühren pro Schicht einen Franken zu zahlen. Die Organisationsvertreter, die auch eine Reihe weiterer Wünsche auf den Grund zu der Sprache brachten und an Hand von Material nachwiesen, konnten sich mit dem Angebot nicht einverstanden erklären und haben deshalb zur Schlichtung der Streitigkeiten mit den Unternehmern und Besitzern den Schlichtungsausschuß angerufen.

Saarbrücken, 8. April. Eine weitere Ferialität hat die Grubenverwaltung für den 11. April angeordnet.

Die amerikanische Regierung bereitet vor.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat die amerikanische Regierung ihre diplomatischen Vertreter und die Anwärter des diplomatischen Dienstes darauf hingewiesen, daß die jetzige Lage in der ganzen Welt die äußerste Anspannung ihrer Kräfte verlange und daß die gesellschaftlichen Verpflichtungen dahinter zurücktreten müßten.

„Chicago Tribune“ berichtet über eine Konferenz zwischen Staatssekretär Hughes, dem für den Kaiser Gesandtschaftsposten bestimmten Herrn Wilson I. Herrick, dem für den Londoner Posten bestimmten Colonel Harlow, Senator Lodge und Senator Knox, alle Anwesenden hätten sich günstig über die Rejektion Knox und für einen Sonderfrieden mit Deutschland ausgesprochen.

Weiterer deutscher Protest.

Vom Berliner Auswärtigen Amt ist am 7. April an die internationalisierte Militärkommission folgendes Notgedruckt worden: Durch die Note vom 31. März 1921 wird ein Beschluß der Vorkonferenz zur Kenntnis der deutschen Regierung gebracht, wonach der Gebrauch von Gasen für die deutsche Wehr unterlag sein soll. Die deutsche Regierung hat an ihrem wiederholt zum Ausdruck gebrachten Standpunkt festhalten, daß der Vertrag von Versailles keine Handhabe bietet, das deutsche Heer in der Verwendung anderer als in der Anlage zu Teil 5, Abschnitt 1 aufgeführten Materials zu beschranken. Abgesehen davon kann die deutsche Regierung nicht erkennen, aus welchem Grunde es Deutschland unmöglich gemacht werden soll, seine Truppen mit Wörkzeugen zu versehen, die lediglich dazu bestimmt sein können, ihnen gegen Angriffe mit einem besonders gefährlichen Kampfmittel Schutz zu gewähren. Erst wenn die Mächte des Friedensvertrages, den Gebrauch für

tiger Gele zu verhindern nicht nur wie jetzt im deutschen Heere, sondern allgemein vermieht ist, wird für Deutschland die Notwendigkeit entfallen, seine Truppen mit derartigen Schutzvorrichtungen zu versehen. Ich bitte Sie, diese Stellungnahme der deutschen Regierung zur Kenntnis der alliierten Mächte zu bringen.

Das Gesetz über den Volkseinsatz.

Der Reichsrat stimmt gestern dem Gesetzentwurf über den Volkseinsatz zu. Danach findet der Volkseinsatz statt:

1. Wenn der Reichspräsident den Entschluß über ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz binnen einem Monat nach der Beschlußfassung annimmt.
 2. Wenn ein Drittel des Reichstages verlangt hat, daß die Verkündung eines Reichsgesetzes am 2. Monate ausgelegt werde und innerhalb der Frist ein Zwangsgesetz der Stimmberchtigten den Volkseinsatz beantragt hat.
 3. Wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten die Verkündung eines Gesetzentwurfes begehrt hat und der beehrte Gesetzentwurf im Reichstag nicht unverändert angenommen worden ist.
 4. Wenn der Reichspräsident bei Meinungsverschiedenheit zwischen Reichstag und Reichsrat über ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz den Volkseinsatz darüber anordnet.
 5. Wenn der Reichstag entgegen dem Einspruch des Reichspräsidenten eine Verfassungsänderung beschließt und der Reichsrat binnen 2 Wochen den Volkseinsatz verlangt.
- Die Reichsregierung bestimmt den Abstimmungstag durch Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“. Abstimmungstag ist der Sonntag oder ein feiertäglicher Nachtag. Bei der Abstimmung und der Abstimmung ist das Wahlrecht vom Reichstag ausgehend. Die Beschlüsse des Reichsanzeigers über die Bildung von Wahlbezirken sind den entsprechenden Anwendung.

Törichte sozialdemokratische Angriffe.

Die von dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Hellmann herausgegebene „Sozialistische Korrespondenz“ behauptet in einem Artikel über die preussische Regierungsabstimmung u. a., daß der Innenminister Dr. Koch „eine Bestätigung der demokratischen Partei“ darstelle, „die sie lange Koch nicht mehr ausstatten kann, ohne zusammenzubrechen“. In der Sitzung des Reichstages der Deutschen demokratischen Partei am Mittwoch wurden diese Angriffe als Zeichen hinfälliger sozialdemokratischer Kampfmittel ablehnend zurückgewiesen. Der Parteivorstand hat einmütig hinter dem Minister Koch und er hält die sozialdemokratische Kampfmittel: in einer Zeit, wo schwierige Verhandlungsverhandlungen zwischen den Parteien schweben, für besonders ungeeignet und bedauerlich. Es muß auffallen, daß die sozialdemokratische Partei die Zeitung einer mindestens parteiinternen Korrespondenz ein so wenig disziplinierter Mann anvertraut, wie es Herr Hellmann ist.

Neue Konferenz der Ernährungsminister.

Nach einer Mitteilung aus dem bayerischen Landwirtschaftsministerium steht auf der Tagesordnung der Konferenz der Ernährungsminister, die am 18. April in Bonn stattfinden wird, vor allem die Frage der Umstellung der Milchbewirtschaftung. Die Konferenz wird sich darüber beschäftigen werden, ob an Stelle der Zwangsvereinigung das System der Lieferungsverträge für die großen Bedarfsgebiete treten soll, eine Idee, die besonders von der Reichsregierung vertreten wird. Ein weiterer Beratungsgegenstand wird sein: die Ernährungsfrage hinsichtlich des Fremdenverkehrs. Auf Anraten Bayerns wurde auch eine Beratung über die Aufhebung oder Beibehaltung der Lieferungsverträge auf die Tagesordnung gesetzt. Bayern macht dafür keine bestimmten Vorschläge, wünscht aber eine Erörterung und Reglung dieser Frage.

Die Sondergerichte und die Mehrheitssozialdemokratie.

Die Landtagsfraktion der preussischen Sozialdemokratie hat im Landtag ein Antrag eingebracht, in dem die preussische Regierung aufgefordert wird, auf die Restregierung zur Abänderung der Verordnung vom 22. März 1921 über die Sondergerichte hinzuwirken. Nach dem Antrag sollen die Sondergerichte auf diejenigen Bezirke beschränkt werden, in denen der Ausnahmezustand auf Grund der Unruhen vorliegt; wo es nur Zugewandene Personen fallen ausschließlich von ordentlichen Gerichten abgeteilt werden. Diesen sollen auch die letzten Fälle überwiesen werden. Endlich sollen die Bestimmungen getroffen werden, die es

unmöglich machen, daß dem Antragsteller die Annahme ein... bei Beginn der Verhandlungen mitgeteilt zu werden braucht... und daß das Gericht den Umfang der Beweisaufnahme nach... völlig freiem Ermessen bestimmt.

Wüste Szenen im Hamburger Parlament.

Im Hamburger Parlament lag ein Staatsanwaltschaftlicher Antrag auf Gewährung der Strafverfolgung gegen vier Kommunisten, die an den Märztagen beteiligt waren... Die Kommunisten wußten durch Dauerreden die Beschlüßfassung... Der Antrag wurde schließlich mit großer Mehrheit abgelehnt...

Zusammenschluß des Unternehmertums.

Wie die „Dena“ von unterrichteter Seite erfährt, hat der Zusammenschluß der Unternehmerverbände in letzter Zeit große Fortschritte gemacht... Durch Aufnahme von 26 weiteren Verbänden in die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände fällt die Zentralorganisation des deutschen Unternehmertums nach dem gegenwärtigen Stande...

Beratungen über die Regierungsbildung.

Die Fraktionen des Landtags und der interfraktionellen Ausschüsse hielten heute vormittag erneut Beratungen über die Regierungsbildung ab... Die demokratische Fraktion vertritt laut „D. Z.“ in ihrer heutigen Sitzung den Standpunkt, daß unter allen Umständen der Ministerpräsident morgen gewählt werden müsse...

Ein Zentralausschuß der höheren Beamten Deutschlands.

In München fand vor kurzem eine Vertreterversammlung der Verbände der Beamten mit über 100000 Mitglieder statt... Die Tagung war auf Antrag des Bundes höherer Beamter einberufen und hatte zum Zweck, ein gemeinsames Interessensvertretungsorgan zu schaffen...

Der Reichskaltat.

Die Mittelabrechnung des Reichskaltats wird von 30 auf 36 erhöht werden... Der Reichskaltat wird durch die Erhöhung der Beiträge von 30 auf 36 erhöht werden...

Die französische Annexionspropaganda im Rheinland.

Von gut unterrichteter rheinischer Seite wird der „Dena“ geschrieben: Wie wenig die französische Regierung daran zurückzudenkt, sich zu den Erklärungen ihres Ministerpräsidenten in London in Widerspruch zu setzen, ergibt sich aus ihrer offiziellen Annexionspropaganda im Rheinlande...

Das englisch-russische Handelsabkommen.

In einer christlichen Antwort teilte Lord George dem Unterhaushalt, ein Telegramm in Schiffsverkehr... Das Abkommen ist ein Schritt in der Richtung der englischen Regierung, die die Abgrenzung fest entschlossen ist...

Deutsches Reich.

Stinnes — Bruder der „Rote Fahne“?

Stinnes — Bruder der „Rote Fahne“? Das demokratische Deutschland“ erfüllt die Zuschrift, die es selbst trotz ihres Gewärtigens mit Vorbehalt mit der gibt... Die Vereinigung der Reichsvereine... Der Direktor der Berliner Arbeitervereinigungs-Gesellschaft...

Die Vereinigung der Reichsvereine.

In den Ausschüssen für Vereinstätigkeit und Vereinstätigkeit der Reichsvereine wurden vom Reichstag gewählt: für Preußen Staatssekretär Freund, für Bayern C. Ender, für Württemberg Dr. Koch, für Baden Ministerdirektor Scheffer, für Baden der Finanzminister Krieger...

Der Direktor der Berliner Arbeitervereinigungs-Gesellschaft.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde am Mittwoch der Direktor der Berliner Arbeitervereinigungs-Gesellschaft Fritz Rosner verhaftet... Rosner soll durch Privatbesuche seine Gesellschaft schwer gefährdet haben...

Die Demission des ungarischen Kabinetts.

Das Kabinettskabinet erging gestern nachmittag beim Kaiserlicher Hof, um ihm seine Demission anzubieten... Der Kaiser hat die Demission des ungarischen Kabinetts angenommen...

Falle und Umgegend.

Wirtschaftsverband Mitteldeutschland.

Die Wirtschaftsverbände haben am 9. April 1921... Die Arbeitsvereinigungen haben am 9. April 1921... Die Wirtschaftsverbände haben am 9. April 1921...

alle; auch die nichtamtlichen Intelligenzvereinigungen der Wirtschaftskreise der Bauwirtschaft des Verbandes... Die Organisation selbst des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland erstreckt sich auf die gesamte Provinz...

Nach in einestages an-geliegt, entschieden, ob Mitteldeutschland in der geplanten Form auf die Dauer eine genügende Gewährleistung... Die Organisation selbst des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland erstreckt sich auf die gesamte Provinz...

Die Organisation selbst des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland erstreckt sich auf die gesamte Provinz... Die Organisation selbst des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland erstreckt sich auf die gesamte Provinz...

Die Organisation selbst des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland erstreckt sich auf die gesamte Provinz... Die Organisation selbst des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland erstreckt sich auf die gesamte Provinz...

Die Organisation selbst des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland erstreckt sich auf die gesamte Provinz... Die Organisation selbst des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland erstreckt sich auf die gesamte Provinz...

Steuernabzug vom Arbeitslohn.

Mit Wirkung vom 1. April 1921 sind die neuen gesetzlichen Vorschriften über den Steuerabzug vom Arbeitslohn in Kraft getreten... Der Steuerabzug vom Arbeitslohn wird ab dem 1. April 1921...

Familien-Nachrichten.

Worben: Bruno von Friedrichs, Halle (78 J.), Verheiratet a. D. Ernst Runne, Halle (60 J.), Richard Grober, Halle, Karl Bernhard Hoff, Halle (65 J.), Frau Wilma Rausch, Halle (78 J.), Frau Luise Hoffmann, Halle (58 J.), Frau Luise Hoffmann, Halle (58 J.), Frau Luise Hoffmann, Halle (58 J.)...

Kunst und Wissenschaft.

Ernst v. Hoffart. In Berlin ist heute vormittag der stellv. Generalintendant der Königl. Hofoper, Ernst v. Hoffart, kurz vor Vollendung seines 80. Lebensjahres gestorben... Ein letztes Artikel in einem Theaterzeitungsheft...

Wirtschaftsverband Mitteldeutschland.

Die Wirtschaftsverbände haben am 9. April 1921... Die Wirtschaftsverbände haben am 9. April 1921... Die Wirtschaftsverbände haben am 9. April 1921...

Kunst und Wissenschaft.

Ernst v. Hoffart. In Berlin ist heute vormittag der stellv. Generalintendant der Königl. Hofoper, Ernst v. Hoffart, kurz vor Vollendung seines 80. Lebensjahres gestorben... Ein letztes Artikel in einem Theaterzeitungsheft...

Wirtschaftsverband Mitteldeutschland.

Die Wirtschaftsverbände haben am 9. April 1921... Die Wirtschaftsverbände haben am 9. April 1921... Die Wirtschaftsverbände haben am 9. April 1921...

Kunst und Wissenschaft.

Ernst v. Hoffart. In Berlin ist heute vormittag der stellv. Generalintendant der Königl. Hofoper, Ernst v. Hoffart, kurz vor Vollendung seines 80. Lebensjahres gestorben... Ein letztes Artikel in einem Theaterzeitungsheft...

Wirtschaftsverband Mitteldeutschland.

Die Wirtschaftsverbände haben am 9. April 1921... Die Wirtschaftsverbände haben am 9. April 1921... Die Wirtschaftsverbände haben am 9. April 1921...

